

**Wolfgang Mäder**

**Welche Rolle spielte die CDU in der DDR?  
Weggefährte oder Gegner?**



**Wolfgang Mäder war Führungsmitglied der CDU in der DDR.  
Heute gehört er dem Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins an.**

Welche Rolle spielte die CDU beim sozialistischen Aufbau in der DDR? Manche Freunde haben mir diese Frage anders gestellt: „Was war die CDU der DDR, Gegner oder Weggefährte?“ Der Unterschied besteht in der Schärfe der Fragestellung. Ich versuche, eine ganz persönliche Antwort zu geben. Dabei rechne ich auch mit Widerspruch und zusätzlichen Hinweisen.

Ich beginne mit einigen Vorbemerkungen. Anschließend will ich an wichtige und folgenreiche Ereignisse und Erscheinungen in der Frühphase der CDU erinnern. Dann will ich der Frage nachgehen, was im Osten Deutschlands aus diesem Kind des antifaschistisch-demokratischen Neubeginns nach 1945 geworden ist. Viertens wende ich mich dem Widerspruch zu, der sich zwischen dem, was diese Partei laut ihrer 1982 in Dresden beschlossenen Satzung sein wollte, und dem Verhalten sehr vieler ihrer Mitglieder während und nach dem konterrevolutionären Umsturz von 1989/90 aufgetan hat. Schließlich versuche ich, meine Gedanken zur Beantwortung der oben gestellten Frage zusammenzufassen.

## I.

*Zunächst* will ich etwas zu meiner Kompetenz in dieser Sache sagen. Der CDU in der DDR habe ich fast 33 Jahre angehört und dabei ganz unterschiedliche Funktionen sowohl innerhalb der Partei als auch in ihrem Auftrag in der demokratischen Öffentlichkeit wahrgenommen. Bis in den Dezember 1989 hinein war ich Mitglied des Hauptvorstandes und Vorsitzender des Bezirksverbandes Neubrandenburg meiner Partei. Im Januar 1990 habe ich sie dann aus freien Stücken und politischen Gründen verlassen. *Zweitens* möchte ich mit aller Deutlichkeit betonen, daß es in meinem Vortrag um die CDU der DDR geht, deren Geschichte mit dem Jahr 1989 endet. Das schließt nicht aus, daß es den einen oder anderen Verweis auf die andere Partei mit dem gleichen Namen geben wird, zumal ja beide die gleiche Quelle haben.

War es denn so, daß sich aus gleicher Wurzel zwei gleichnamige Parteien mit ganz unterschiedlichem Charakter entwickelten, eine im Osten und eine im Westen des Landes? Das Entweder-Oder des Themas besagt, daß es hier Zweifel gibt. Als 1989/90 die Namen der DDR-Parteien mit einer Ausnahme, nämlich der CDU, verschwanden, mag das viele dazu bewogen haben, jenes Fragezeichen im Thema zu setzen, zumal es da auch 1990 eine „Vereinigung“ gab, auf die ich noch zurückkomme.

Vielleicht muß aber auch schon an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß beide Parteien stets darum bemüht waren, ihre prinzipielle Unterschiedlichkeit hervorzuheben und das auch propagandistisch gegeneinander ins Feld zu führen. Wenn wir ausschließen, daß das Scheingefechte waren, haben wir meiner Meinung nach schon einen ersten Baustein zur Antwort auf die gestellte Frage.

*Drittens* eine Vorbemerkung dazu, wie unsere CDU klassenmäßig einzuordnen war, denn darüber gab es bekanntlich Debatten: In der DDR wurde sie zuweilen mit LDPD und NDPD als „bürgerliche Parteien“ zusammengefaßt, anfangs sicher zu Recht. Die Frage, inwieweit dieser Sammelbegriff auf Dauer gerechtfertigt war, muß Gegenstand einer anderen Untersuchung sein. Fest steht aber, daß viele CDU-Mitglieder in der DDR, und das in zunehmendem Maße, damit nicht glücklich waren. Sie empfanden ihre CDU eher als klassenübergreifende Partei. Manche sagten zum Beispiel: „Wir sind auch eine Bauernpartei“, und sie verwiesen auf die große Zahl von Genossenschaftsbauern in unseren Landortsgruppen, darunter auch etliche bewährte landwirtschaftliche Leitungskader, und auf die vielfältigen agrarpolitischen Aktivitäten der Partei. Andere ergänzten: „Wir sind aber auch eine Arbeiterpartei.“ Und hatten sie so völlig unrecht? Nicht wenige CDU-Mitglieder waren Arbeiter, darunter Persönlichkeiten, die mit hohen staatlichen Auszeichnungen geehrt wurden.

Viele dieser Freunde haben im Laufe der Zeit immer weniger verstanden, daß sie als christliche Bürger a priori Träger einer bürgerlichen Ideologie seien, vielleicht sogar leicht zurückgebliebene fortschrittliche „Kämpfer 2. Klasse“. Sicher waren sie keine

ausgewachsenen Marxisten, aber überwiegend bereit, sich gesellschaftswissenschaftlichen Themen mit Aufgeschlossenheit und Interesse zu stellen, die Positionen ihrer Bündnispartner besser kennen und verstehen zu lernen. Natürlich gab es in der CDU auch bürgerliche Ideologierelikte. Aber wo und wann gab es die in der DDR-Gesellschaft nicht? Am Ende waren sie unübersehbar. Selbstverständlich waren auch Handwerker, Gewerbetreibende, Unternehmer und Freiberufler eine gewichtige Gruppe der CDU-Mitgliedschaft, aber nie eine Mehrheit. Viele von ihnen bewährten sich als Pioniere bei der Vervollkommnung wichtiger Grundlagen sozialistischer Produktionsverhältnisse, wurden Genossenschaftshandwerker, beteiligten den Staat an ihren Unternehmungen und waren auch dann dabei, als es darum ging, sich für das Volkseigentum zu entscheiden. Das könnte vielleicht schon ein nächster Baustein für die Beantwortung der Titelfrage sein. Zu dieser Gruppe zähle ich auch die Künstler und Kulturschaffenden in der DDR-CDU. Aber ich rechne mit Verständnis, wenn ich auf Letztere unter dem speziellen Gesichtspunkt ihrer Klassenzugehörigkeit nicht gesondert eingehe.

Ich komme noch einmal zu den „bürgerlichen Parteien“ zurück: Ab 1989/90 wird dieser Begriff verstärkt auch von unseren politischen Gegnern benutzt, die damit ehemalige Mitglieder dieser Parteien mit einem in ihrem Sinne veränderten Selbstverständnis ausstatten wollen. Deshalb, denke ich, sollten wir uns heute beim Gebrauch dieser Formulierung zurückhalten.

*Viertens* will ich sehr knapp erläutern, was denn nun von den CDU-Mitgliedern anstelle der Klassenzugehörigkeit als einendes Bindeglied verstanden wurde. Damit wir nicht aneinander vorbeireden, will ich es so ausdrücken: Für die CDU-Mitglieder war ihre Partei primär weltanschaulich determiniert, eine Partei von und für Christen, die aus christlicher Motivation zunächst für ein besseres Deutschland arbeiten wollten, später aus gleichem Impuls den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft bejahten und daran auch aktiv teilhaben wollten, wobei es für sie zwischen sozialistischem Engagement und Religiosität keinen antagonistischen Widerspruch gab.

Unsere CDU war nie eine Kirchenpartei. Sie war weder ein Sprachrohr der Kirchen noch deren politischer Lakai, und sie war an keine Konfession gebunden.

## II.

Der antifaschistische Widerstandskampf hatte deutsche Patrioten ganz unterschiedlicher Herkunft vereint und so ein breites Bündnis für den Neubeginn nach dem Ende der faschistischen Diktatur möglich gemacht.

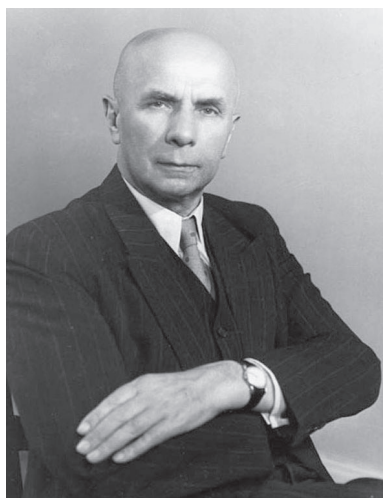
1945 entstand neben anderen Parteien auch die CDU, damals als Partei für das ganze Deutschland. Ihre Wiegen standen in Berlin und im Rheinland. Im Gegensatz zu Parteien, die ihre legale Tätigkeit nach zwölfjähriger Unterbrechung wieder aufnehmen konnten, war die CDU eine Neugründung. Ihre Geschichte begann am 25. Juni 1945 mit der Veröffentlichung des Gründungsaufrufs in Berlin.

Der forderte „die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat“ auf, verurteilte die Verbrechen des Faschismus, unterbreitete Gedanken und Vorschläge zur Gestaltung eines demokratischen Staates, zur Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien, zu demokratischen Reformen, zur Behebung der materiellen Not durch eine straffe Planung und zur Herstellung vertrauensvoller Beziehungen zu den anderen Völkern. Dieses Dokument hatte viele Anknüpfungspunkte zum Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni, der zuerst in 10 Punkten ein Programm zum Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung auf der Grundlage eines breiten Bündnisses aller demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse enthielt.

Die sowjetische Militäradministration hatte bereits am 10. Juni in der sowjetischen Besatzungszone antifaschistisch-demokratische Parteien zugelassen, und am 14. Juli 1945 bildeten KPD, SPD,

LDP und CDU, also alle zu diesem Zeitpunkt in Deutschland tätigen antifaschistisch-demokratischen Parteien, auf der Grundlage gemeinsamer Ziele und Anliegen eine Einheitsfront.

Das war gleichzeitig die Geburtsstunde des sich später im Osten Deutschlands über Jahrzehnte bewährenden Demokratischen Blocks aller hier wirkenden politischen Parteien. Der Führungsanspruch der Arbeiterklasse brachte allerdings zunächst Streitpotential in die entstehende CDU, das Letztere noch kräftig beschäftigt hat. Fast gleichzeitig mit der Bildung dieser Einheitsfront begann die Potsdamer Konferenz der Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition, deren Beschlüsse diesem Bündnis eine zusätzliche Grundlage gaben. Wir wissen, daß die bald erkennbaren Politikansätze in Ost- bzw. Westdeutschland ein sehr unterschiedliches Verhältnis zu diesem Potsdamer Abkommen erkennen ließen. Auf unserer Seite begannen große Anstrengungen, dessen Vorgaben buchstabengetreu zu erfüllen. In Westdeutschland sorgten restaurative reaktionäre Kräfte und die Besatzungsmächte dafür, daß auch die Ein-



**Jakob Kaiser**

heitsfront sehr bald in der Ablage verschwand. Ich schweife kurz ab: Wenn später von den Blockparteien in der DDR gesprochen wurde, betraf das immer die Gesamtheit dieser Parteien, einschließlich auch von DBD und NDPD, die später entstanden. Die heute noch im Sprachgebrauch nachwirkende und einst durchaus nicht unübliche Formulierung „Die SED und die Blockparteien“ trägt dieser Realität nicht ausreichend Rechnung. Sie wird heute von unseren politischen Gegnern dazu benutzt, dem Block eine Bipolarität anzudichten, die es nie gegeben hat. Fazit dieser Abschweifung: Auch hier müssen wir wohl aufpassen. Am 13. September 1945 beschloß der Zentrale Ausschuß der Einheitsfront seinen Aufruf zur Bodenreform. Die Parteispitzen der CDU, Andreas Hermes und Walter Schreiber, stimmten zwar zu, versuchten aber, die konsequente Verwirklichung dieses Beschlusses zu behindern, denn in den westlichen Besatzungszonen wollte die CDU eine Bodenreform ohne Enteignungen, was immer das sein sollte. Drei Monate später verweigerten die Vertreter der CDU ihre Unterschrift unter eine Erklärung der Einheitsfront zur Sicherung der Ernährung und zur Hilfe für die Neubauern. Das löste umfangreiche Proteste unter den Mitgliedern aus. Sie bewirkten die Ablösung von Hermes, später mal Präsident des BRD-Bauernverbandes, und Schreiber, der uns dann als Regierender Bürgermeister der Frontstadt Westberlin wieder begegnete. Die innerparteiliche Auseinandersetzung hatte begonnen. Am 4. Januar 1946 wurden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer mit der Leitung der Partei beauftragt. Diese Leitung saß zwar in Berlin, gebärdete sich aber weiterhin stark westlastig und zeigte unter diesem Einfluß wenig Neigung, die negativen Positionen gegenüber dem Demokratischen Block und insbesondere der KPD aufzugeben. Sie strebte danach, der ganzen Partei ihren Stempel aufzudrücken, ohne Block und weitere, ihre Ambitionen störende Neuigkeiten. Lemmer und Kaiser entpuppten sich immer mehr als Repräsentanten des reaktionärsten Flügels der CDU.

Der 1. Parteitag der CDU im Juni 1946 stand erneut im Zeichen des Versuchs führender Kreise der Partei, unter dem Leitwort „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ eine Politik durchzusetzen, die trotz taktischer Kompromisse darauf hinauslief, die gesellschaftliche Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone zu sabotieren und den Sozialismusbegriff als Nebelvorhang für

ganz anders geartete politische Aktivitäten zu mißbrauchen. Die Masse der CDU-Mitglieder durchschaute das damals nicht. Sie verband auch damit die radikale Abkehr von der Vergangenheit und lief Gefahr, mißbraucht zu werden.

Im Juli 1947 eskalierte die Situation erneut. Im CDU-Hauptvorstand richtete Kaiser abermals scharfe Angriffe gegen die Blockpolitik und versuchte durchzusetzen, daß die CDU ihre Mitarbeit in dieser Einheitsfront aufkündigte. Er scheiterte dabei an den um Otto Nuschke gruppierten progressiven Kräften in der Parteiführung, die an Boden gewannen.

Der 2. Parteitag im September 1947 stand dennoch wiederum im Zeichen einer immer schärfer werdenden und an der Politik der CDU in den Westzonen ausgerichteten Polemik, die in Kaisers Forderung gipfelte: „Wir müssen und wir wollen Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus und seiner totalitären Tendenzen sein!“ Also auch die heute von unseren politischen Gegnern so arg strapazierte Totalitarismuskonzeption ließ schon beizeiten grüßen.

Der Höhepunkt dieses Treibens wurde im Dezember des gleichen Jahres erreicht, als diese Leute im Hauptvorstand durchsetzten, die Teilnahme der CDU am I. Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden abzulehnen. Trotzdem nahmen noch im gleichen Monat an diesem Kongreß unter mehr als 2200 Delegierten auch 219 Angehörige der CDU teil, darunter die progressiven Mitglieder der Parteiführung. Wir erinnern uns: Die Volkskongreßbewegung war eine revolutionär-demokratische Masseninitiative im deutschen Volk für die Errichtung eines einheitlichen, fortschrittlichen und demokratischen Staates und den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages, gegen die Politik der Restauration in den Westzonen und die Bildung eines reaktionären westdeutschen Staates. Sie wurde durch die westlichen Besatzungsmächte unterdrückt und verboten.

Aus dieser Initiative entstand in der DDR die zutiefst demokratische Massenbewegung der Nationalen Front. Im Ergebnis der Auseinandersetzungen um die Volkskongreßbewegung trennten sich die ostdeutschen CDU-Landesverbände von dieser Leitung, die, in Berlin ansässig, bis dahin auch als östliche Zonenleitung fungiert hatte. Kaiser, als Bundesminister für sogenannte gesamtdeutsche Fragen später einer der Haupteinpeitscher des Kalten Krieges in der Bundesrepublik, und Lemmer, danach unter anderem auch als Kaisers Nachfolger in jenem Amt verwendet, wurden nicht mehr als Vorsitzende anerkannt. Unverzüglich wurde durch die ostdeutschen Landesverbände ein Koordinierungsausschuß eingesetzt, der für eine Übergangszeit die Geschäfte der sich verselbständigenden Ostpartei führte. Sein Vorsitzender war Otto Nuschke.

Damit waren erste Voraussetzungen dafür geschaffen, den Kurs der Partei wieder unmißverständlich auf die gemeinsamen Anliegen der im Block vereinten Parteien und den eigenen Gründungsauftrag zu orientieren. Das entsprach auch dem Willen der Mitglieder Mehrheit in diesen Landesverbänden. Die Sowjetische Militäradministration stellte klar, daß die Weiterarbeit der CDU in ihrer Besatzungszone gesichert war, und reagierte damit auf eine neue Kampagne, die, von Kaiser gesteuert, deren Einstellung in der sowjetischen Besatzungszone verkündete, weil sie nicht mehr gewährleistet sei. Das folgende 1. Halbjahr 1948 ist für mich der Zeitraum, in dem die CDU im Osten



**Hinter Adenauer: Ernst Lemmer**



erneut Tritt faßte und ihr Profil für die nächsten Jahrzehnte fand, zunächst als zunehmend klarer orientierte antifaschistisch-demokratische Partei.

Die DDR-CDU war also keine leichte Geburt. Ganz bewußt habe ich versucht, die Gefahrenmomente hervorzuheben, durch die auch eine Fehlgeburt möglich gewesen wäre.

Wenn sich die Parteien der ersten Stunde einerseits zunächst auch darin einig waren, daß die Gesellschaft von allen Resten des Faschismus gereinigt werden mußte, standen sie doch andererseits gleichzeitig vor der Aufgabe, sich ebenso über die künftigen sozialökonomischen Strukturen im Lande zu verständigen. Die konsequente Abkehr von der Vergangenheit forderte, hierfür tragfähige Positionen zu finden, auch von der CDU.

Eine entscheidende Hilfe war dabei, daß sich im Osten Deutschlands die beiden Arbeiterparteien KPD und SPD zur SED vereinigten hatten. Dadurch war für diesen Landesteil das Kraftzentrum entstanden, das beim Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung führen konnte. Bei den sich in dieser Zeit vollziehenden politischen Klärungsprozessen in den mit ihr im Block vereinten Bündnispartnern haben sich die Kräfte durchgesetzt, die dort Parteien des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts formieren wollten. Dabei sind wir zu befreundeten Parteien geworden, und Freundschaften entstehen bekanntlich auf der Grundlage von Gemeinsamkeiten. Das ist vielleicht der nächste Antwortbaustein.

Niemand darf aber die Augen davor verschließen, daß in den Jahren bis 1948 zweifellos auch eine andere Saat gelegt worden ist. Sie schien anfangs dahinzukümmern und schließlich weitestgehend vertrocknet zu sein. Aber unter dem warmen Regen der ideologischen Diversion hat sich dann wohl doch mancher Keim wieder erholt, auch über Generationengrenzen hinweg.

Hier will ich einen der versprochenen Schwenks auf die andere Seite einfügen: Die heutige CDU, die sich voll in der Tradition der ehemaligen Westpartei sieht, räumt für diesen Zeitraum ihrer dementsprechend zusammengebrachten Geschichte zwar ein, daß ursprünglich Kreise der rheinisch-westfälischen Partei im Ahlener Programm von 1947 für die Sozialisierung von Bergbau und Schwerindustrie eingetreten waren, verweist aber mit Genugtuung darauf, daß dann „überall“, besonders dank Ludwig Erhard, das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft durchgesetzt worden sei.

### III.

Bei der Frage, was denn nun aus der hiesigen CDU in den nächsten 40 Jahren geworden ist, sollten wir zunächst ihre eigene Antwort heranziehen. Die hat sie in Gestalt einer erneuerten, von ihrem 15. Parteitag 1982 in Dresden beschlossenen Satzung gegeben, besonders in deren stark programmatisch geprägter Präambel. In der DDR wurde dieses Dokument allgemein begrüßt; im Westen Deutschlands erntete es vor allem Verleumdung und Spott. Diese Satzung beginnt mit den Worten:

„Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ist eine politische Partei, in der sich christliche Bürger der DDR mit dem Ziel vereinen, aus christlicher Verantwortung und in demokratischer Verpflichtung für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes und für den Frieden der Welt zu wirken.“

Auf spezielle Ausführungen zu den Gemeinsamkeiten der ganz ursprünglichen Anliegen christlicher Ethik und Moral mit denen der revolutionären Arbeiterbewegung kann ich sicher verzichten. Weiter heißt es: „Die CDU ist eine Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.“

Das war eine klare Position, wodurch die CDU wohl doch recht eindeutig definiert wurde. Einem Sozialismus aus christlicher Verantwortung sind wir allerdings 1946 bei Kaiser und Lemmer schon einmal begegnet. Ich werde an weiteren Zitaten aus dieser Satzung belegen, daß es diesmal nicht um irgendeine beliebige und verschwommene Sozialismusinterpretation ging, sondern um den Wissenschaftlichen Sozialismus, die Lehren von Marx, Engels und Lenin, der auch an der zentralen Schulungsstätte der CDU gelehrt wurde und Gegenstand des politischen Studiums unserer Ortsgruppen war. In der DDR-CDU wurde der Sozialismusbegriff weder verbogen noch mißbraucht. Der Atheismus wurde allerdings ausgeklammert. Aber das ist ein eigenes Thema. An dieser Stelle erlaube ich mir, dem Ablauf der Ereignisse kurz vorzugreifen: Am 22. November 1989 beschloß ein nicht mehr kompletter, aber immer noch beschlußfähiger Hauptvorstand, dieses bestimmende Identifikationsmerkmal der Partei abzuschaffen. Es bedrückt mich bis heute, daß ich damals der einzige war, der gegen diesen Beschluß gestimmt hat. Ich fühlte mich sehr einsam, und diesen Vorgang habe ich auch bis heute nicht abschließend bewältigt. Da lodern immer noch Emotionen in mir.

Ich kehre zurück zur Satzung: Sie erklärt, daß sich die CDU den jahrhundertelangen Traditionen progressiven und humanistischen Strebens christlicher Persönlichkeiten und Bewegungen, dem Erbe christlicher Streiter gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg, für Frieden, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit verpflichtet wußte, und kennzeichnet sie als „Mitgestalter des revolutionären Prozesses, in dem die antifaschistisch-demokratische Umwälzung vollzogen, die sozialistische Revolution in der DDR zum Siege geführt und das Recht unseres Volkes auf Selbstbestimmung verwirklicht wurden.“

Damit erfüllte die CDU, heißt es, die fundamentalen Forderungen ihres Gründungsaufrufs.

Die Partei hatte sich also sehr eindeutig zu ihrer Mittäterschaft beim Aufbau des Sozialismus in der DDR bekannt. Die Frage, inwieweit der dabei erreichte Stand auch in der CDU überbewertet worden ist, muß an dieser Stelle unberücksichtigt bleiben.

In der Präambel heißt es außerdem: „In ihrem politischen Handeln geht die CDU von den objektiven Gesetzmäßigkeiten, die unsere Epoche bestimmen und dem Aufbau des Sozialismus zugrunde liegen, sowie von den Lehren der Geschichte aus.“

Dazu gehören die von den Klassikern des Marxismus-Leninismus erkannten, objektiv wirkenden gesellschaftlichen Gesetze. Das war also nichts anderes als die Anerkennung dessen, was unsere Freunde in der SED als historischen Materialismus propagierten. Wir hatten inzwischen ein gemeinsames Geschichtsbild.

Und die Satzung erklärt „Treue zum Sozialismus“ und die „vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse als der führenden Kraft der sozialistischen Gesellschaft“ zu „unverrückbaren Ausgangspunkten des politischen Denkens und Handelns der christlichen Demokraten“.

Die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse in der sozialistischen Gesellschaft schien also geklärt zu sein und damit eine der in der Frühzeit der CDU am meisten umstrittenen Fragen. Wir glaubten, dieses Problem bewältigt zu haben, weil unsere Argumente so gut waren. Drei gewichtige Gründe führten wir ins Feld: einen *historischen*, denn als Partei der Arbeiterklasse war sie am unmittelbarsten mit der Entwicklung der Produktivkräfte

verbunden; einen *politischen*, denn sie hatte die meisten Mitglieder; und einen *moralischen*, denn in ihr war auch die Mehrheit derjenigen vereint, die die faschistische Diktatur am härtesten zu spüren bekommen hatten.

Und ich bringe noch ein letztes Zitat aus der Satzung, die als Bedingung für die CDU-Mitgliedschaft natürlich auch die Bereitschaft zur Erfüllung in ihr festgelegter Pflichten nennt. Dazu gehört unter anderen:

„Das Parteimitglied hat die Pflicht, ... die sozialistische Gesetzlichkeit zu achten und einzuhalten, Staatsgeheimnisse zu wahren, Wachsamkeit zu üben und allen Bestrebungen, die sich gegen die Grundsätze der Politik der DDR und gegen die Beschlüsse der Partei richten, entgegenzutreten.“

Darin steckte auch der Anspruch an jedes Mitglied, bereit zu sein zum aufgeschlossenen und vertrauensvollen Zusammenwirken mit den Schutz- und Sicherheitsorganen der DDR, zur Mitarbeit bei der Gewährleistung der Sicherheit des von uns mitgetragenen Staates. Ich halte das für wichtig.

Fast alle in der heutigen CDU, die einst auch der DDR-CDU angehört hatten, haben sich von dieser Vergangenheit total getrennt, obwohl sie zuvor erklärt hatten, daß die Satzung von 1982 auch ihre Satzung sei. Wäre das nicht so gewesen, hätten sie doch als ehrliche und dem Gebot der Wahrhaftigkeit verpflichtete Christen die Partei verlassen müssen. Mit der Anerkennung der Satzung hatten auch sie Treue zum Sozialismus gelobt. Es ist also in meinen Augen gar nicht ungerechtfertigt, jenen ehemaligen Mitgliedern der DDR-CDU, welche die Kehrtwende vollzogen, Treubruch und Verrat vorzuwerfen. Für mich gibt es keinen plausiblen Grund, der ihren Frontwechsel rechtfertigen könnte. Im Einzelfall mag es ältere Damen und Herren geben, die für sich persönlich begründete Ausnahmen beanspruchen. Ich verstehe sie nicht. Und wie war das mit der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei? Hatten wir wirklich alle überzeugt? Oder sind die Zweifler im Recht, die hier von Gewöhnung sprechen? Wenn solche Zweifler nun gar eine generelle Prüfung einfordern, ob das offizielle Antlitz der Partei wirklich das richtige war, sollten wir uns statt weiteren Orakelns von den realen Tatsachen leiten lassen. Fest steht nämlich das Ergebnis der im und vom Block gemeinsam geleisteten Arbeit. Das große Kapital mußte im Osten Deutschlands für mehr als 40 Jahre Macht und Eigentum abtreten. Deshalb war, ist und bleibt die DDR die größte Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Bündnispartner. Es ist ebenso eine Tatsache, daß die CDU der DDR zu diesem Ergebnis als anerkannter und geachteter Partner beigetragen hat, trotz aller treulosen Überläufer. Deshalb ist es vielleicht richtiger, Fragen und Zweifel auf jene Personen zu konzentrieren, die sie mit verräterischem Handeln ausgelöst haben.

Leider ist es uns aber trotz aller gemeinsamen Anstrengungen noch nicht gelungen, eine überlebensfähige sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen und diese Errungenschaft dauerhaft zu sichern. Der Kapitalismus ist zurückgekehrt. Das war eine bittere Niederlage, deren Ursachen nicht nur in unserem Lande lagen. Aber auch uns, unserem Bündnis in der DDR, waren gewichtige Fehler unterlaufen. Mit ihrer Aufarbeitung wurde begonnen, und unser „RotFuchs“ ist daran beteiligt. Natürlich berührt diese Niederlage auch unser heutiges Thema.

Dessen Behandlung wäre unvollständig, wenn ich mich nicht wenigstens ansatzweise der Frage zuwenden würde, wie der unmittelbare Beitrag von Mitgliedern unserer CDU zu den Geschehnissen zustande kam, die das bekannte konterrevolutionäre Ergebnis hinterlassen haben. Das will ich im folgenden Abschnitt versuchen. Auch das ist natürlich meine ganz persönliche Sicht der Dinge.



**Glückwunsch von CDU-Generalsekretärs Wolfgang Heyl zur Wahl Mäders (l.) als Bezirksvorsitzender**

#### IV.

Für mich gibt es drei ineinander verschlungene, sich gegenseitig beeinflussende Problemkreise.

Zuerst muß man sicher fragen, in welcher Situation sich die CDU im Jahre 1989 befand.

Auch unter deren Mitgliedern wuchs im späten Frühjahr eine allgemeine Unruhe und Unzufriedenheit. Konkrete Hinweise auf verschwörerische Gruppen gab es zumindest innerhalb unseres Bezirksverbandes aus meiner Sicht zu diesem Zeitpunkt nicht. Entwicklungen wie die Gründung des „Neuen Forums“ wurden zur Kenntnis genommen. Darüber wurde auch diskutiert, zunächst aber weitgehend intern. CDU-Mitglieder nahmen auch an „Demos“ teil, als diese begannen. Aber organisierte Protestgruppen der CDU hätten uns irgendwelche Medien sicher sofort aufgetischt. Unsere Mitglieder steckten im „Volk“, wie jene die Teilnehmer dieser Aufzüge nannten. Mögliche graduelle Unterschiede zwischen den Bezirken der DDR ändern wohl am Gesamtbild wenig. Als dann im Herbst die Westpartei ihre Aktionen zur Einmischung in die bereits geschwächte DDR-CDU massiv erweiterte, überschlug sich die Entwicklung. Defätistische Stimmungen breiteten sich aus, daneben aber auch konterrevolutionäres Gedankengut, das bis zur Hetze ging.

Viele waren allerdings allein durch das Tempo der Entwicklung total verunsichert, verwirrt und gelähmt. Kennzeichnend für das demagogische Verwirrspiel war unter anderem auch die Art, in der sich die Westler auf den Gründungsauftrag der Partei und die gemeinsame Erklärung der Parteien bei der Bildung der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront im Jahre 1945 beriefen. Aus ihr zitierten sie mit Vorliebe: „In dieser Einheit liegt die Gewähr, daß Deutschland einer demokratischen Erneuerung entgegengeführt wird“, warfen uns unter Verweis auf ihr parlamentarisches Theater den Verstoß gegen diese Vereinbarung vor und forderten die DDR-CDU auf, endlich ihre Aufgabe als Oppositionspartei wahrzunehmen.

Höhepunkt dieses Geschehens war ein Sonderparteitag mit Westbesuch im Dezember 1989 in Berlin, der die Satzung änderte, einen neuen Hauptvorstand einsetzte und damit den qualitativen Umschlag vollzog. Dabei führten auf einmal auch bisher scheinbar bewährte Funktionäre das große Wort im Sinne der neuen Marschrichtung, aus dem Kreis meiner Kollegen die Bezirksvorsitzenden aus Leipzig und Karl-Marx-Stadt. Es überrascht sicher nicht, daß sich beide bald darauf im Bundestag räkelteten. Zu ihren CDU-Dienstobliegenheiten hatte allerdings auch die Zusammenarbeit mit der jeweiligen Bezirksverwaltung des MfS gehört. Wie es sich für einen rechten Rechtsstaat gehört, genießen aber solche Zeitgenossen Schonung bei Gauck und Birthler.

Zweitens ist zu fragen, wie das enttäuschende Verhalten so vieler CDU-Mitglieder in der konterrevolutionären Situation zu erklären

ist. Dazu will ich eine Anleihe bei Friedrich Engels nehmen. Er schrieb, daß die Geschichte letztlich nichts anderes sei als die Resultante agierender Individuen, und daß jedes Individuum dabei seine individuellen Ziele verfolge. Ein entsprechendes Quantum von Interessenübereinstimmungen kann im Kampf der Klassen die Geschichte bewegen. Will also eine Mehrheit von Individuen die Gesellschaft, in der sie lebt, verändern, kann eine revolutionäre, aber auch eine konterrevolutionäre Situation entstehen. Wir wissen, daß solche Willensbildungen, aber auch kollektive Willensänderungen, von außen beeinflussbar sind. Unzufriedenheit und Enttäuschung können ein Nährboden solchen Interessenwandels sein und die Forderung nach grundlegenden Veränderungen stimulieren. Das kann überall und jederzeit in entsprechenden



#### Besuch bei LPG-Bauern

Situationen auch den Erbauer des Sozialismus erfassen, wenn er sich nicht bewußt gegen solche äußeren Beeinflussungsversuche abgrenzt. Und wenn dabei dann zweifelnde Mehrheiten entstehen, kann das ganz schnell in die Krise führen. So war das offenbar auch bei uns. Wir sollten allerdings nicht übersehen, daß in der DDR am Ende der 80er Jahre nicht nur die CDU knirschte.

*Drittens* muß man danach fragen, was eine solche Entwicklung und damit das Entstehen des Widerspruchs gefördert hat, der sich im Verlauf des konterrevolutionären Umsturzes zwischen dem, was diese Partei sein wollte, und dem Handeln einer Mitgliedermehrheit offenbart hat.

Da sehe ich wiederum drei Schwerpunkte (nämlich das verdeckte, durch die ideologische Diversion aus dem Westen geförderte Fortbestehen bürgerlicher Ideologierelikte, den Einfluß der Kirchen und Fehler in der praktischen Handhabung unserer Bündnispolitik), die Vertrauen gekostet haben, weil sie Mißtrauen auslösten, die auch zugreifende Sympathisanten in zurückhaltende Skeptiker verwandelt haben.

#### 1.

Wenn wir auch einräumen, daß unsere politisch-ideologische Arbeit qualitativ und quantitativ ihre Mängel hatte und damit sicher nicht den Anforderungen der Zeit entsprach, müssen wir wohl davon ausgehen, daß auch eine weitaus bessere und intensivere Erfüllung dieser Aufgabe keine Wunder bei der Entwicklung eines neuen gesellschaftlichen Bewußtseins bewirkt hätte. Derartige durften wir wohl nicht erwarten.

Wir wissen erstens, daß das gesellschaftliche Sein des Menschen dessen Bewußtsein bestimmt, und wir wissen zweitens, daß dieses nicht sofort reagiert, wenn sich Elemente des Seins verändern. Als sich das gesellschaftliche Sein bei uns in Ostdeutschland zu verändern begann, war die Masse der Betroffenen vom Milieu des Kapitalismus mit seinen persönlichkeitsdeformierenden Gebrechen geprägt. Der Kapitalismus braucht den Egoisten, den Vorteils- und Gewinnsüchtigen, den Ellenbogenmenschen, weil das dem Wesen dieser Gesellschaftsordnung,

ihrem ökonomischen Grundgesetz entspricht. Individuelles Vorteilsstreben ist der Kampf um Maximalprofit in der ganz persönlichen Sphäre.

Beim revolutionären Übergang in ein neues gesellschaftliches Sein legt die betroffene Generation natürlich nicht schlagartig alle bisherigen Ansichten und Lebenshaltungen ab. Im Gegenteil: Sie überträgt zunächst auch bedeutende Teile davon auf die nachfolgende, und das wiederholt sich bei weiteren Generationswechslern, allerdings aber wohl doch in immer mehr abnehmendem Umfang. Das Entstehen eines neuen gesellschaftlichen Bewußtseins ist ein längerwährender Prozeß. Auch das bewirkt wohl, daß die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus entgegen der von uns noch vor 20 Jahren praktizierten Betrachtungsweise nicht nur ein kurzfristiges Paßstück der Geschichte ist, sondern ein historischer Abschnitt, der seine Zeit braucht. Haben wir hier ein Wunder erwartet? Oder sind wir vielleicht gar dem Irrtum erlegen, ein solches Wunder sei eingetreten? Seien wir ehrlich: So ein bißchen wohl doch.

Unser Weg vom Ich zum Wir war schwierig. Aus heutiger Sicht gab es auf diesem Weg wohl doch nicht mehr als Anfangs- und Teilerfolge. Das betraf unsere ganze Gesellschaft, aber mit Sicherheit auch die CDU. Ich denke, daß es sich deshalb lohnt, speziell unter diesem Aspekt einen jeweils kurzen Blick auf einige typische Problemgruppen unserer Mitgliedschaft zu werfen.

Da gab es diejenigen, welche gern nach dem Westen schielten und vom sozialistischen Aufbau bei uns wirtschaftliche Erfolge in einem Maße erwarteten, das auch ihnen persönlichen Wohlstand in Dimensionen gestattet hätte, die unter den konkreten Bedingungen nicht möglich waren. Es war vermessen, auf Antrieb gleiche Ergebnisse in Ost und West zu erwarten. Die Gründe dafür kennen wir.

Wir hatten die weitaus bescheideneren Ausgangsbedingungen, und die Gegenseite wurde zudem mit maßgeblicher Unterstützung der Westmächte als Schaufenster auf- und ausgerüstet, das im besonderen auch den Leuten imponieren sollte, die uns unseren Rückstand gegenüber dem dort zelebrierten Konsumrausch verübelten. In der politisch-ideologischen Arbeit haben wir sicher viel zu wenig darauf hingewiesen, daß dieser Konsumrausch gar nicht unser Ziel sein sollte. Manche strebten wohl auch zuerst nach dem, was sie vor dem 2. Weltkrieg schon einmal gehabt hatten, woran für sie das „Westniveau“ anzuknüpfen schien. Hier entstand mit zunehmender Zeit Enttäuschung, die wuchs. Es gab die Gruppe der Abwartenden, bei denen sicher noch häufig Zweifel und Skepsis bestanden, die sich aber in die neuen Bedingungen immer mehr und besser einordneten. Sie erkannten, daß es nicht zuletzt auch dem eigenen Vorteil diene, sich zu engagieren, und handelten danach. Viele von ihnen glaubten überdies, das ihrer stark ausgeprägten Heimatverbundenheit schuldig zu sein.

Da waren auch die Karrieristen, die nach jenen persönlichen Vorteilen strebten, welche sich aus bestimmten Funktionen ergeben könnten.

Solche Überlegungen haben wohl nicht wenige in die Parteien der DDR gebracht, auch in die CDU. Darunter waren auch Kandidaten, die das „hohe C“ der CDU in Kauf nahmen, obwohl ihnen das eigentlich ziemlich egal war. Suchten sie den bequemeren Weg zum Erfolg, weil vielleicht in der CDU manche Suppe nicht ganz so heiß wie andernorts gegessen wurde? Verschiedene waren dann sicher enttäuscht, wenn das mit den Vorteilen weniger gut lief, als sie gehofft hatten.

Die Vertreter dieser Gruppen blieben anfällig und konnten ihren Einsatz auch wieder zurückdrehen, wenn es ihnen um die Sache mal nicht mehr zum Allerbesten bestellt schien. Aber waren sie Gegner?

Mitentscheidend für die Standhaftigkeitsprobleme in der DDR-CDU war sicher, daß viele ihrer Mitglieder noch nicht in der Lage und noch nicht bereit waren, sich gegen die ständig vom Westen

her auf sie einhämmernde ideologische Diversion abzugrenzen. Deren Propagandisten haben die genannten Schwachpunkte weidlich ausgenutzt. Auf diesem Weg erzeugte oder vertiefte Zweifel konnten dann irgendwann die Bereitschaft zum Überlaufen wecken. Ständige quantitative Anreicherung führt eben an einer bestimmten Grenze zum Umschlag in eine andere Qualität. So entstanden wohl auch gegnerische Positionen innerhalb der Partei. Wir haben diese Gefahr gesehen, sie wohl auch nicht unterschätzt; im Kampf dagegen gab es aber sicher allein deshalb Grenzen, weil eben doch noch zu viel ideologischer Unkrautsamen im Boden steckte.

Solche Positionen gewannen aber wohl erst mal keine Mehrheiten. Bei vielen Mitgliedern der DDR-CDU überwogen in der heraufziehenden Krise zunächst Resignation, Verzagen und Ratlosigkeit. Sie waren damit vorerst keine Gegner, aber doch mehr oder weniger weit davon entfernt, ein „Trotz alledem!“ zu entwickeln. Es gab ja auch keinen organisierten Widerstand gegen die ablaufende Entwicklung. Oft blieben sie im tiefsten Inneren linke Sympathisanten und blickten im vertrauten Kreis auch heute noch mit Bedauern zurück: „Das war schon nicht schlecht. Aber es geht wohl eben doch nicht.“ Viele von ihnen waren in einer unübersichtlichen Lage einem auf einmal allgegenwärtigen Umkehrkommando gefolgt, weil andere das auch taten. Im Haufen ging es sich leichter. Aber dort wirkte die Gehirnwäsche, in deren Folge sich das Mehrheitsverhältnis dann im Frühjahr 1990 zugunsten der gegnerischen Positionen geändert hat.

## 2.

Seit dem Beginn des neuen Weges im Osten Deutschlands hatte es einen ganz spezifischen und auf eine ganz bestimmte Klientel ausgerichteten Bereich der ideologischen Einflußnahme gegeben, dessen Hauptträger die christlichen Kirchen waren, besonders die großen und als Körperschaften öffentlichen Rechts verfaßten. Damit sollte auch die die Masse der CDU-Mitglieder erreicht werden. Grundsätzlich waren sie anfällig dafür, denn die meisten von ihnen waren dazu erzogen und daran gewöhnt, das ernst zu nehmen, was ihre Kirchen ihnen sagten. Weil das für den einzelnen und für die Gesellschaft kompliziert war, halte ich einen ganz kurzen Ausflug ins Kirchliche für zweckmäßig.

Das frühe und ursprüngliche Christentum der spätantiken Sklavenhaltergesellschaft im römischen Reich hatte durchaus sozialrevolutionäre Ansätze, auf die sich seitdem immer wieder progressive christliche Persönlichkeiten und Bewegungen beriefen und berufen. Deshalb wurde es einst verfolgt. Bald aber erkannten die Herrschenden, welche Chancen ihnen diese Lehre bei richtigem Herangehen bieten kann. Bevorzugter Ansatzpunkt, den es auszunutzen galt, war und ist die positive Jenseitserwartung der Christen. Deshalb wurde das Christentum im 4. Jahrhundert unserer Zeitrechnung zur Staatsreligion. Dieser Staat betrieb und förderte das Entstehen einer den Herrschenden zugewandten kirchlichen Oberschicht, die sich ständig zunehmend und bis heute ungebrochen von den jeweils dominierenden Ausbeuterklassen in den Dienst nehmen ließ.

Die christlichen Kirchen wurden so zu einem in das Herrschaftssystem dieser Klassengesellschaften integrierten Machtfaktor. Sie standen allein deshalb stets auf der Seite der reaktionären Kräfte. Aus der Verbindung von Thron und Altar wurde das Bündnis zwischen Kapital und Altar. Kriege, Verwüstung und millionenfaches Leid markieren beider Weg.

Da sind und waren die Kirchen in Deutschland natürlich keine Ausnahme. In der Tradition des „Gott mit uns“ zweier Weltkriege und orientiert auf die Erhaltung der alten Herrschaftsverhältnisse in Westdeutschland nach 1945, haben sie von Anfang an der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung und dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft im Osten entgegengewirkt. Die Kirchen in der DDR waren mit den Westkirchen organisatorisch vereint, wurden von diesen materiell massiv unterstützt, damit immer abhängiger und politisch instrumentalisierbarer.

Mehr und mehr CDU-Mitglieder erkannten die reaktionäre Rolle ihrer institutionalisierten Kirchen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Das wurde für manchen zum persönlich belastenden Problem. Sie wollten den Kirchen helfen, ihren Platz in der neuen Gesellschaft zu finden, trafen dabei aber auf wenig Gegenliebe. Ausnahmen kirchlicherseits beschränkten sich auf einzelne Personen. Als 1969 ein selbständiger Bund der evangelischen Kirchen in der DDR entstand und dort sehr zögerlich und unter Verwendung von Losungen wie „Kirche im Sozialismus“ oder „Suchet der Stadt Bestes!“ begonnen wurde, der Öffentlichkeit Ansätze eines neuen Kurses vorzugaukeln, waren viele CDU-Mitglieder sehr optimistisch und voller Hoffnung, denn sie nahmen das ernst. Die Heuchelei enttarnte sich aber selbst, als



**Auszeichnung durch Gerald Götting**

diese Kirchen ab 1990 nicht oft, nicht laut und nicht stolz genug auf ihren großen und aktiven Anteil am konterrevolutionären Umsturz in der DDR verwiesen. Christliches Denken und Handeln und kirchliche Positionen können zwei ganz verschiedene Dinge sein. Das hat die politische Arbeit der CDU oft erschwert und viele ihrer Mitglieder zusätzlich verunsichert.

Die DDR mußte sich gegen diese Formen der negativen Einflußnahme wehren. Das war kein Kampf gegen Christen und Christentum. Den hätte unsere Verfassung gar nicht zugelassen. Der Abwehrkampf richtete sich gegen das reaktionäre Wirken der institutionalisierten Kirchen als Bestandteil eines gegnerischen Machtapparates und gegen deren gleichgeschaltete Wortführer. Das war Klassenkampf. Aber nicht alle Leute, die auf den Kirchenbänken saßen, waren Klassengegner. Auch das hatten wir wohl nicht deutlich und differenziert genug herausgearbeitet.

Die DDR konnte in dieser Lage nicht nur defensiv reagieren. Natürlich gab es da auch mal Fehlentscheidungen, Schnitzer, auch Übergriffe. Sie weisen auf die Kompliziertheit dieses Aufgabefeldes hin und waren Ausdruck ganz individueller menschlicher Schwächen oder Fehlhaltungen, die es in allen Verantwortungsebenen geben kann. Heute werden auch sie dazu benutzt, die DDR zu diskreditieren. Mitglieder der CDU konnten allerdings beim Versuch, in die Lösung solcher Fälle vermittelnd einzugreifen, ganz schnell auch mal in recht verzwickte Situationen geraten.

## 3.

Ausgehend vom ursprünglichen Übereinkommen im Demokratischen Block waren die Grundsätze der Bündnispolitik immer ein hohes politisches Gut unserer Gesellschaft. Wir haben dabei sicher vieles richtig gemacht, und wir hatten auch sichtbare Erfolge. Aber es gab auch Probleme. In der CDU sind mir dazu immer wieder Fragen begegnet, die nicht zuletzt mit dem Demokratieverständnis der Fragesteller zusammenhingen. Dabei ging es nicht so sehr um Listenwahlen oder parlamentarischen Hokusfokus, sondern um Erscheinungen, die der DDR-Bürger täglich erlebt hat. Ich frage deshalb, ob es nicht auch Fehler bei der Verwirklichung

und Ausgestaltung der führenden Rolle der SED gegeben hat, subjektive und sektiererische Überziehungen, die demotivierend wirken konnten und die Identifikation mit Staat und Gesellschaft beeinträchtigten, wahrscheinlich nicht nur bei CDU-Mitgliedern. Ich hatte den Eindruck, daß diese Fragen nicht von der anderen Seite souffliert waren. Deshalb ganz knapp einige Beispiele:

Erstens wurden wir gefragt, warum es möglich war und immer wieder geduldet wurde, daß die erwachsene Bevölkerung der DDR auch in der Öffentlichkeit und durch Funktionäre auf Mitglieder der SED und „Parteilose“ reduziert wurde. Für viele CDU-Mitglieder war es schlimm und unverständlich, daß man sie zu den „Parteilosen“ zählen durfte. Und ich ergänze, daß es bedauerlich ist, wenn das auch heute noch hin und wieder geschieht, sogar bei „RotFuchs“-Autoren.

Zweitens wurde gefragt, warum es, nachdem unser verehrter Otto Nuschke in der ersten Regierung der DDR Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Beauftragter der Regierung für kirchliche Angelegenheiten gewesen war, dann nur noch Staatssekretäre für Kirchenfragen beim Ministerrat gab, die der SED angehörten. Das habe dazu beigetragen, daß kirchliche Amtsträger unterschiedlicher Ebenen immer öfter zur SED und immer seltener zur CDU gingen, wenn es galt, Dinge zu regeln oder zu klären. Vielen CDU-Mitgliedern war das unverständlich, weil sie annahmen, daß ihre Partei und deren Vertreter in politischen Dingen die ersten und „natürlichen“ Ansprechpartner der Kirchenleute sein müßten, daß das eine der Aufgaben dieser Partei in der Gesellschaft sei.

Drittens wurde ich darauf angesprochen, warum die SED mit der Bereitschaft von Mitgliedern mit ihr befreundeter Parteien zum Dienst in den Kampfgruppen der Arbeiterklasse so unterschiedlich und willkürlich verfuhr. Der eine durfte, der andere aus dem gleichen Kreisverband durfte nicht. Da half auch keine Intervention. „Echte“ Parteilose hatten es leichter, aufgenommen zu werden. Die Aufgaben dieser Formationen bestanden doch darin, die Betriebe und Einrichtungen des Volkes zu schützen und die sozialistischen Errungenschaften der DDR zu verteidigen. Da hätten eigentlich sehr schwerwiegende Gründe für das Zurückweisen von Bereitschaft vorliegen müssen.

Außerdem sollten wir darüber Auskunft geben, warum bestimmte Aufgabenbereiche im Staat grundsätzlich und fast ausschließlich durch Mitglieder der SED besetzt waren. Genannt wurden bestimmte Funktionen in den Räten der Bezirke und Kreise, das Ministerium für Staatssicherheit in all seinen Gliederungen, die Kaderarbeit in Betrieben und Einrichtungen oder das aktive Offizierskorps in Volksarmee und Volkspolizei. Bei Armee und Polizei, betonten die Fragesteller, hätten doch eigentlich schon deren Namen eine breitere Öffnung versprochen.

In diesem Zusammenhang wurden wir auch gefragt, warum die Selbstbezeichnung „Schild und Schwert der Partei“ für das MfS gestattet worden sei. Das war doch ein Organ des Staates, den fünf Parteien verantworteten. Warum sagten wir nicht „Schild und Schwert des Volkes“? Die zugespitzte Frage lautete dann schließlich: Gab es da so etwas wie eine „Unwürdigkeit“ für die genannten Bereiche? Exakt dieses Wort ist gefallen. Nebenbei bemerkt: 1989/90 wurde auch viel über sogenannte Privilegien der SED-Mitglieder schwadroniert; aber das war wohl anders gemeint.

Genug der Beispiele! Es gab weitere. Auf diesem Wege entstanden nicht nur Minderwertigkeitsgefühle. Da hatte offenbar auch ein sehr wichtiges gesellschaftliches Anliegen Schaden genommen. Vertrauen in das Prinzip der Bündnispolitik wurde ebenso verschenkt wie Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der politisch-moralischen Geschlossenheit der Bevölkerung. Wahrgenommene konkrete Mitverantwortung schafft Identifikation.

Heute müssen wir sagen, daß auch diese Abschirmung uns alle nicht vor dem Eindringen von Karrieristen, Scharlatanen und Verrätern bewahrt hat. War sie also gerechtfertigt? Oder hat sie eher dem Vertrauen in die führende Kraft unserer Gesellschaft geschadet? Die Standhaftigkeit der CDU hat sie sicher nicht gefördert. Aber

wir in den mit der SED befreundeten Parteien haben auch unsere Beiträge dazu geleistet, daß sich das so entwickeln konnte. Das waren gemeinsame Fehler. Daß ihre Vermeidung die DDR gerettet hätte, bleibt angesichts der damaligen internationalen Gesamtlage dennoch eher unwahrscheinlich. Vielleicht hätten wir mit der heutigen Frage weniger Mühe.

## V.

Ich denke, zusammenfassend sagen zu können: Es gab in der CDU der DDR viele aufrechte und einsatzbereite Mitstreiter am sozialistischen Aufbau, die wertvolle Beiträge zu diesem Werk geleistet haben. Deshalb sage ich: Ja, diese CDU war Mitgestalter des sozialistischen Aufbaus. Aber diese CDU gibt es nicht mehr.

Die Partei ist in der Bewährungssituation zerbrochen, weil so viele ihrer Mitglieder anfällig waren. Die zunehmend krisenhafte Entwicklung in der DDR und die Sprachlosigkeit des kompletten Blocks der Parteien haben dazu entscheidend beigetragen. Auch die CDU war zu diesem Zeitpunkt nicht ausreichend gefestigt. Sie war ein Abbild der DDR-Gesellschaft. Es gab auch eine Anzahl von Leuten, die sich in der CDU versteckt hatten, um dort ihr eigenes Süppchen oder sogar das des politischen Gegners kochen zu können. Sie haben am Ende andere mitgerissen. Sicher haben wir auch zu wenig zur Enttarnung solcher Typen getan.

Wir waren Bündnispartner der SED und der anderen Blockparteien und mit ihnen in der zeitlich längsten und stabilsten deutschen Regierungskoalition verbunden, die weltweite Anerkennung fand. Das heutige Geschwätz unserer Gegner über eine „Hilfstruppenrolle“ ist nichts als böswillige Verleumdung.

Zuletzt bleibt die Frage nach dieser ominösen Vereinigung im Jahre 1990. Daran war, so denke ich, die DDR-Blockpartei CDU nicht mehr beteiligt. Vereinigungspartner der Westpartei war eine nachfolgende zweite „CDU“ auf dem Gebiet der in die „Abwicklung“ übergehenden DDR. Sie führte sich als Gegner des Sozialismus auf und wurde das auch. Nicht der Name der Partei war entscheidend, sondern der politische Inhalt. Am Volkskammerwahlkampf der Monate Februar und März 1990 war bereits die neue Partei beteiligt, leider mit zu vielen aus der DDR-CDU bekannten Gesichtern. Sie hatte bei ihrer Kehrtwende auch Mitglieder verloren. Andere wieder hat sie gewonnen, auch aus allen anderen ehemaligen DDR-Blockparteien. Das waren meist Leute mit ähnlichem Hintergrund wie die Überläufer aus der CDU, Wanderarbeiter im Kohlfeld, zweifelhafte Gestalten. Die Vereinigung zweier gleichgesinnter Parteien war dann nur noch eine Formsache. Ehrlicher wäre es gewesen, wenn sich die DDR-CDU aufgelöst hätte. Ihre kehrtwendefreudigen Mitglieder hätten ja sofort in die Westpartei eintreten können. Aber diese gierte wohl zu sehr nach dem eher bescheidenen östlichen Parteivermögen und strebte deshalb die Vereinigung an. Nicht vergessen wollen wir allerdings, daß inzwischen auch manche der damals wendefreudigen Unionsfreunde zu denen zurückgekehrt sind, die der Satzung von 1982 treu geblieben waren. Einige von ihnen wurden auch „RotFuchs“-Leser. Ich selbst bin heute Vorsitzender der RF-Regionalgruppe in Neubrandenburg.

Peinlich bleibt allerdings, wie viele ehemalige Funktionäre oder von uns damals als hoffnungsvolle Nachwuchskader bewertete Mitglieder der DDR-CDU sich beim Westregime anbiederten, dabei ihren charakterlichen Wert offenbarten und auch sofort eine Wiederverwendung fanden. Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern stiegen sie zu Ministern, Landtagsvizepräsidenten und Landräten, sogar zum Ministerpräsidenten auf. Aber deshalb wird aus den eingangs zusammengetragenen Bausteinen zur positiven Antwort auf die im Thema gestellte Frage noch lange kein wertloser Bauschutt.

Bald begehen wir den 60. Jahrestag der Gründung unserer DDR. Diesen Vortrag betrachte ich als Beitrag zur Vorbereitung des Jubiläums.